

Hände weg vom Streikrecht – Streikrecht ist Grundrecht! Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit!

Am 21./22. Mai 2015, soll das höchst umstrittene „Tarifeinheitengesetz“ in 2. und 3. Lesung im Bundestag beraten und am gleichen Tag verabschiedet werden. Kommt es so weit, würde ein weiteres Grundrecht – wie die defacto Abschaffung des Asylrechtes Anfang der neunziger Jahre – massiv eingeschränkt und der erste Schritt zur weiteren „(De-)Regulierung“ dieses Rechts getan. Weitere Schritte werden in Regierungskreisen schon angedacht. Die EU-weite „(De-)Regulierung“ des Streikrechtes zur Absicherung der Profite der Konzerne ist offizielles Ziel der „EU-Agenda 2020“. Die marktconforme Demokratie lässt grüßen. Seitdem wird dieses Ansinnen, entsprechend der jeweiligen Bedingungen in den einzelnen EU Staaten, in unterschiedlichem Tempo umgesetzt.

Wie sieht dieses Vorhaben in Deutschland aus?

Der erste Schritt zur Umsetzung der „(De-)Regulierung“ des Streikrechtes in Deutschland nennt sich „Tarifeinheitengesetz“. Es beinhaltet, dass in einem Betrieb nur die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern Tarifverhandlungen führen darf. Ist ein Tarifvertrag einmal abgeschlossen, wird die Gewerkschaft mit der geringeren Anzahl an Mitgliedern im Betrieb nicht mehr streiken können! Damit wird das grundgesetzliche Prinzip verletzt, dass das Recht auf Streik für alle abhängig Beschäftigten gleichermaßen gilt.

In den letzten Jahren haben sich viel Menschen eindeutig gegen eine gesetzlich geregelte Tarifeinheit positioniert. Der Streik der GDL im letzten Herbst, hatte das Thema auf die vordersten Seiten der Medien gebracht. Von den 8 DGB-Gewerkschaften hatten sich nach dem Streik der GDL 5 auf die Seite der Arbeitgeber und der Regierung geschlagen und wider besseren Wissens behauptet, der Gesetzentwurf enthalte keinen Angriff auf das Streik- und Koalitionsrecht! Drei DGB-Gewerkschaften, ver.di, GEW und NGG sprechen sich gegen das Gesetz aus und sind Teil der Protestbewegung gegen dieses Gesetz geworden.

Das Bundesverfassungsgericht wird es schon richten oder?

In den letzten Monaten haben sich auf der Ebene der Arbeitsrechts-Experten, bis ins bürgerliche Lager hinein, immer mehr Kräfte entweder sich zum geplanten Tarifeinheitengesetz distanziert verhalten und aus Gründen des Betriebsfriedens davor gewarnt, es zu verabschieden! Oder es wurde sogar ganz dezidiert als verfassungswidrig abgelehnt. Ein kleiner Höhepunkt dieser Entwicklung ist das Gutachten des "Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages", der genau zu einer solchen Schlussfolgerung kam. Das scheint denjenigen Recht zu geben, die sagen: lasst das Gesetz nur den Bundestag passieren, das Bundesverfassungsgericht wird es schon wieder kassieren.

Wir halten diese Zuversicht für ziemlich fahrlässig, ja gefährlich! Denn - Rechtsfragen sind Machtfragen! Auch wenn die bisherigen Entwicklung tatsächlich eine Möglichkeit beinhaltet, dass das Gesetz vor den BVerfG scheitern könnte, wird dies nur der Fall sein, wenn es auch nach der Verabschiedung, eine breite gesellschaftliche Bewegung gegen das Gesetz gibt. Das wird aber nicht ohne weiteres der Fall sein!

Tarifeinheitengesetz ist nur der Anfang ...

Der Beweis: Das Papier der CSU zur "Regelung" des Streikrechtes in der öffentlichen Daseinsvorsorge! Dort werden weitere Einschränkungen des Streikrechtes verlangt so: Vorschriften für eine Zwangsschlichtung, einer Ankündi-

gungsfrist von vier Tagen für einen Streik, die Sicherstellung der Daseinsvorsorge... Das Papier macht deutlich, was die Unternehmensverbände und ihre Freunde wollen. Dies bestätigt auch der Bund Deutscher Arbeitgeber (BDA), in dem er erklärt, dass es ihm darum geht, Streiks auszuschließen: „Arbeitgeber müssen sich darauf verlassen können, dass während der Laufzeit eines Tarifvertrags, der mit der Mehrheitsgewerkschaft abgeschlossen ist ..., auch das Arbeitsleben befriedet ist.“

Das CSU-Papier kam nicht zufällig fast zeitgleich mit dem Einknicken der 5 DGB-Gewerkschaften vor Regierung und Kapital in Sachen Tarifeinheit heraus. Das Zurückweichen einer Mehrheit der DGB Gewerkschaften war für die CSU das Signal, um weitere Einschränkungen des Streikrechtes einzufordern. Schließlich ist von Seite des DGB kein wirklicher Widerstand gegen die Tarifeinheit mehr zu erwarten. Eine ideale Voraussetzung, noch eins Drauf zu setzen!

Hände weg vom Streikrecht !

Stoppt die »Tarifeinheit«

Streikrecht ist Grundrecht

für jede und jeden

Volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit



Über das Gesetzesvorhaben zur »Tarifeinheit«:
»Die gesetzliche Vorgabe der Tarifeinheit ist der elegante Versuch, Gewerkschaften auszuschalten ohne sie explizit zu verbieten.«
(Wolfgang Däubler, Professor für Arbeitsrecht und Gewerkschafter)

Zu den Angriffen auf den GDL-Vorsitzenden Weselski:
»Er macht von einem Grundrecht Gebrauch - dem Recht auf Streik. Kleine Erinnerung für die Empörten: Solange Weselskys Leute ihm folgen und kein Arbeitsgericht Einwände hat, kann er zum Ausstand aufrufen. Wem das nicht passt, sollte den Umzug nach China erwägen.«
(Jakob Augstein, Journalist)

Demonstration

18. April 2015 um 13 Uhr in Frankfurt/Main

Auftakt: 13 Uhr, Kaiserstraße / Kaisersack am Hauptbahnhof

Initiative zur Verankerung der Gewerkschaftslinker (FVd), Freie ArbeiterInnen- und ArbeiterInnen (FAI), ver.di-Linke NRW, TIE Germany, IWW (im deutschsprachigen Raum), Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften, Stuttgarter Bündnis für Versammlungsfreiheit, Netzwerk für den Arbeitsrecht und demokratische ver.di, Münchener Gewerkschaftslinker, FdA, BfD, M, GdM sowie zahlreiche Einzelgewerkschaften.

Webseite: www.streikrecht.org und auf www.koalitionsrecht.de

Gezielte EU-Politik: Einschränkung des Streikrechtes

Diese neueste Entwicklung ist Ausdruck der Strategie der EU, überall, mit schönen Worten verschleiert, das Streikrecht einzuschränken, denn die Krise der EU ist nicht vorbei. Und eine durch Abbau, ja Niederreißen der gesetzlich verankerten Streikfreiheit (wie in Griechenland, Großbritannien, Spanien) geschwächte ArbeiterInnenbewegung wäre immer weniger in der Lage, dem Abwälzen von Krisenfolgen auf ihren Rücken etwas entgegen zu setzen. Nicht von ungefähr folgt der CSU-Entwurf in vielen Punkten den Vorgaben einer Studie der Friedrich von Weizsäcker-Stiftung von 2013, die sich um die unbotmäßige "Lahmlegung der öffentliche Daseinsfürsorge" (Bahn, Polizei, Energieversorgung, Erziehungswesen usw. usf.) Sorgen macht.

Arbeitsrechtler Professor **Wolfgang Däubler** fasst die Kritik in seinem Gutachten so zusammen: **»Der faktische Entzug des Rechts, Tarifverträge abzuschließen und dafür einen Arbeitskampf zu führen, stellt einen denkbar weit-**

reichenden Eingriff dar, der nur noch durch ein Gewerkschaftsverbot übertroffen werden könnte.

Das sogenannte „Tarifeinheitgesetz“ bedroht eines unserer wesentlichen Grundrechte, denn: Jeder Mensch hat das Recht zu streiken!

Empört euch und beteiligt euch an den Aktionen gegen die Verabschiedung des Gesetzes! Den Protest auf die Straße tragen! Tarifeinheitgesetz stoppen!

**Demo und Kundgebung
Samstag 18. April in Frankfurt am Main!
Auftakt: 13.00 Uhr, Kaiserstraße /
Kaisersack am Hauptbahnhof**

Christiaan Boissevain, Münchner Gewerkschaftslinker

Solidarität mit MetallerInnen in der Türkei

Am 10. Januar hat die Große Tarifkommission der türkischen Gewerkschaft Birleşik Metal-İş (BMI) mit Delegierten aus 41 Betrieben einen Streik beschlossen, der am 29. Januar begann. Doch dieser Metall-Streik, der in 22 Werken mit der Teilnahme von 15 Tausend Arbeitern begann, wurde ein Tag danach, am 30. Januar, durch den gemeinsamen Beschluss des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und der türkischen Regierung für 60 Tage verboten. Indem die Regierung und der Präsident den Kampf tausender Arbeiter für eine bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen zu einem Protest erklären, der "die nationale Sicherheit gefährdet", zeigten sie erneut, dass sie gegen den Kampf der Arbeiter für ihre Rechte sind.

Es liegt auf der Hand, dass die Regierung diese Entscheidung aus Gefälligkeit für den **Metall-Arbeitgeberverband MESS** getroffen hat und damit deutlich zeigt, an wessen Seite sie steht und wessen Regierung sie ist.

Die AKP-Regierung schwingt große Reden über Demokratie, Menschenrechte und Demokratisierung, zeigt aber gleichzeitig, dass sie auf der Seite der Arbeitgeber und Monopole steht, wenn es darum geht, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen.

Um was ging es in dieser Tarifaueinandersetzung?

Von den 2 Konkurrenz-Gewerkschaften, der nationalistisch ausgerichteten **Türk-Metal** und der islamistisch ausgerichteten **Çelik-İş** wurden „Gefälligkeitsabschlüsse“ mit dem Arbeitgeberverband MESS getroffen: In diesen Tarifverträgen wurden die **Eingangsstundenlöhne auf 5,80 TL** festgelegt. Das liegt aber nur leicht über dem gesetzlichen Mindestlohn. Dieser steigt sowieso im Juli 2015 auf **5,66 TL**. Allein durch Abzug des Gewerkschaftsbeitrages hätten neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen also weniger als den Mindestlohn verdient. Das ist für die BMI inakzeptabel.

Die kämpferische Gewerkschaft BMI kritisiert zudem die Laufzeit der Tarifverträge mit drei Jahren als zu lang, weil die untersten Lohngruppen während dieser Zeit praktisch zu Armutslöhnen verurteilt sind. Die ungerechten Lohnunterschiede verfestigen sich, die Schere wird sich weiter öffnen. Der Lohnunterschied ist ein Instrument, mit dem die Kollegen auseinander dividiert werden und die Kapitaleseite gestärkt wird. Deswegen wurde eine Forderung beschlossen, die neben einer prozentualen auch eine Festgelderhöhung vorsieht.

Bei der zweiten Forderung ging es um kürzere Arbeitszeiten. In der Türkei beträgt die gesetzliche Arbeitszeit **45 Stunden** bei einer 6-Tage-Woche. Die Regel ist allerdings eine **60-Stunden-Woche!** Da dies die Gesundheit angreift und nichts an der millionenfachen Arbeitslosigkeit ändert, wurde die Einführung der 37,5-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und

Personalausgleich gefordert, wie auch 2x täglich je 15 Minuten bezahlte Pausen und mehr Urlaub.



Dagegen gab es sowohl von Seiten des Arbeitgeberverbandes, wie auch von den zwei konkurrierenden Gewerkschaften eine heftige Kampagne. Nach der gesetzlichen Lage müssen in der Türkei Streiks mit einem Ergebnis enden, sonst verliert die Gewerkschaft das Recht, für ihre Forderungen Streiks durchzuführen. Also muss dieser Streik so lange durchgeführt werden bis ein Ergebnis erreicht ist. Nach dem Verbot des Streiks für 60 Tage wird es eine schwierige Auseinandersetzung im April geben, die dringend Unterstützung durch internationale Solidarität brauchen wird. Verliert die Gewerkschaft Birleşik Metal-İş diese Auseinandersetzung, wird eine wichtige kämpferische Gewerkschaft durch die Gesetzeslage ihr Recht verlieren, Streiks durchzuführen.

Dieses Beispiel zeigt, was uns mit dem Gesetzesvorhaben „Tarifeinheit“ droht.

Weitere Infos unter:

<http://www.didf.de/blog/2015/02/09/solidaritaet-mit-dem-berechtigten-arbeitskampf-wamstreiks-der-metallarbeiterinnen/>

Metall Tarifrunde Pilotabschluss: Unterm Strich jetzt doch eher bescheiden

Den ZDF-Tagesthemen am 24. Februar war es nur eine kurze Meldung wert, mit vier Informationen: „150.- € für Januar / Februar / März!“ „3,4 % mehr ab 1. April!“ „Altersteilzeit bleibt!“ „Bildungsteilzeit ist für Unternehmen freiwillig!“. Gemessen an der vollmundigen Losung „Kein Grund zur Bescheidenheit“, mit der die IG- Metall angetreten war, löst dieses Ergebnis Fragen und Nachdenklichkeit aus.

Einmalzahlung

Daimler hat an seine Stammebelegschaft einen Sonderbonus von 4 350.- € ausgeschüttet. Wohl auch mit dem Hintergedanken, diese in der Tariffbewegung ruhig zu stellen. Und möglicherweise mit dem Hintergedanken, den Beschäftigten zu suggerieren, „wenn der Konzern mir freiwillig einen Sonderbonus schenkt, der 29 mal so hoch ist wie der, den die IG Metall erkämpft, lohnt sich dann der Kampf? Und lohnt sich die IG Metall?“

Dabei handelt es sich bei den 150.- € Einmalzahlung noch nicht einmal um einen Sonderbonus, sondern um ein Abspeisen dafür, dass es für drei Monate keine tabellenwirksame Entgelterhöhung gibt, die Tarifvertragslaufzeit 15 Monate beträgt und somit auf's Jahr gerechnet die Erhöhung noch nicht einmal 3,4 % ausmacht, sondern bei 2,7 % liegt.

Angesichts der nicht mehr zu verbergenden Gewinnexplosion der Metall- und Elektroindustrie (Daimler z.B. hat in einem Jahr den Gewinn um 1/3 erhöht), mutet das dann doch bescheiden an.

Auch das Argument, man müsse ja das ganze Paket betrachten, nämlich dass die Altersteilzeit bleibt und (im Falle, dass die Quote für diese nicht ausgeschöpft wird) die Möglichkeit einer Bildungsteilzeit entsteht, macht diesen Abschluss eher bescheiden. Für die beiden Teilzeiten werden die Betriebe kaum mehr Geld ausgeben müssen, als bisher.

Welche Gründe kann die IG- Metall gehabt haben, sich darauf einzulassen, ohne die Kampfkraft wirklich voll ausgeschöpft zu haben?

An der Kampfbereitschaft der Beschäftigten kann es nicht liegen. Die Beteiligung an den Warnstreiks war wesentlich höher als in den letzten Jahren.

Der Gedanke drängt sich auf, dass das „**Bündnis für Industrie**“, das der Vorsitzende Wetzels im November verkündet hat, wichtiger war, als die ebenfalls verkündete Parole „kein Grund zur Bescheidenheit“, dass die Förderung der **Konkurrenzüberlegenheit der „eigenen“ Industrie** wichtiger ist, als eine Rückverteilung des Lohn- und sozial-

politischen Kahlschlags der letzten Jahre oder gar die endlich fällige Umverteilung zu Gunsten der Beschäftigten. Wenn dem so sein sollte, wird letztendlich versucht, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Sinkende Lohnquote

Das Sinken der Lohnquote (des Anteils der Beschäftigten am Volkseinkommen) wird mit diesem Tarifabschluss weiter an Dynamik gewinnen und damit die Tendenz, dass die Beschäftigten nicht mehr kaufen können, was sie produzieren.

So verschärft sich der Kreislauf, das inländische Kaufkraftdefizit durch Exportüberschüsse kompensieren zu müssen, was die Notwendigkeit zur ständigen Steigerung der Konkurrenzfähigkeit durch die immer weitere Absenkung der Lohnquote zur Konsequenz hat. Die Exportüberschüsse der einen sind aber die Handelsbilanzdefizite der anderen Länder. Dort werden auf diese Weise Schuldenberge aufgehäuft, die niemals bezahlt werden können.

Um die Forderungen der Gläubiger-Banken- und Konzerne dennoch zu befriedigen, werden dann Rettungsschirme und Sparprogramme diktiert, welche die Beschäftigten bezahlen müssen und zwar die in den Gläubigerländern wie in den Schuldnerländern. Zum Beispiel durch das explosionsartige Anwachsen des Billiglohnbereichs und der prekären Beschäftigung auch in der deutschen Metall- und Elektroindustrie. Lohn- und Sozialdumping führen zu weiterem Kaufkraftverlust hier wie dort, die Lohnquote sinkt weiter..., ein Kreislauf eben.

Ein gewerkschaftlicher Grundgedanke war immer die internationale Solidarität der Beschäftigten. Dem schlagen Bündnisse mit dem „eigenen“ Kapital (wie mit diesem Tarifabschluss anscheinend wieder einmal praktiziert) ins Gesicht.

Die Rechnung zahlen die abhängigen Beschäftigten überall, die einen früher, die anderen später, aber früher oder später eben doch alle.

Manfred Jansen, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Post-Vorstand auf Konfrontationskurs

Die privatisierte Deutsche Post AG besteht im Wesentlichen aus 2 Unternehmensfeldern. Zum einen aus der Briefpost und zum anderen aus dem Paketversender DHL. Das Paketgeschäft wächst, hervorgerufen durch den Onlinehandel, überproportional. In diesem Geschäft gibt es allerdings eine, durch die Liberalisierungsstrategie der EU hervorgerufene, nicht unbedeutende Konkurrenzsituation. Es tummeln sich in dieser Branche viele Anbieter wie z.B. Hermes, DPD, GPS und vor allem auch die US amerikanische UPS.

Der Postvorstand hat sich zum Ziel gesetzt den Profit jedes Jahr um 8 % zu steigern. Dazu reicht es ihnen offensichtlich nicht, jedes Jahr erhebliche Wachstumsraten zu generieren. Die Beschäftigten sollen durch Lohndumping einen erheblichen Teil zur Realisierung dieses Ziels beitragen. Dazu hat der Postvorstand eine neue Gesellschaft, die DHL Delivery GmbH, gegründet. In diese Gesellschaft sollen alle bisher bei der DHL befristet Beschäftigten eingestellt werden. Diesen Beschäftigten werden keine neuen Arbeitsverträge mehr bei der DHL, sondern nur noch in der neuen Gesellschaft angeboten. Gleichzeitig sollen in der neuen Gesellschaft nicht mehr die Tarifverträge der Deutschen Post AG, sondern die der Logistikbranche Anwendung finden. Das bedeutet einen Einkommensverlust von 3500 € pro Jahr. Der verdi Fachbereich Postdienste hat daraufhin die Arbeitszeitregelungen des Tarifvertrages zum 31.3.15 gekündigt damit der Strategie des Vorstandes entgegengetreten werden kann. Der Vorstand der Post hatte schon angekündigt, die Arbeitszeit wieder für alle Beschäftigten auf 40 Stunden hoch setzen zu wollen.

Es zeichnet sich also sowohl beim Paket- wie aber auch im Briefdienst eine heftige Auseinandersetzung an. Hoffentlich ist es kein schlechtes Zeichen, dass der ver.di Fachbereich noch keine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung aufgestellt hat. Nur damit ließe sich wirklich Druck aufbauen.

Helmut Born, verdi-Linke

Blockupy: „Das Krisenregime wackelt – der Kampf für ein solidarisches Europa geht in die Verlängerung“

Pressemitteilung von Blockupy am 27. Februar 2015:

Anlässlich der heutigen Abstimmung im Bundestag über die Vereinbarung der neuen griechischen Regierung mit der Euro-Gruppe, ruft das Blockupy-Bündnis auf „jetzt erst recht“ den Widerstand gegen die deutsche Erpressungspolitik und die gesellschaftliche Spaltung am 18.03. in Frankfurt auf die Straße zu tragen.

Entgegen der von Bundesregierung und der von der Bild-Zeitung gestarteten Hetzkampagne liegt das zentrale Problem nicht in Griechenland, sondern an der neoliberalen Politik Deutschlands. „Der Versuch, die ganze Welt kaputt zu sparen und alle Lebensbereiche der Wettbewerbslogik zu unterwerfen ist absurd. Damit werden nur die Kosten für die Sanierung des europäischen Kapitalismus auf dem Rücken der Menschen hier und in Südeuropa abgeladen“, erklärte Thomas Occupy von Blockupy. „Mediale Schützenhilfe für die Spaltung zwischen Griechen und Deutschen gibt mal wieder die Bild. Ihrer Hetzkampagne treten wir mit einer eigene Kampagne entgegen: Mehr Athen! Weniger Berlin! Bild lügt!“

Der massive Druck von Syriza und den sozialen Bewegungen in Griechenland hat dazu geführt, dass die politische Auseinandersetzung um die Zukunft in ganz Europa neu geführt wird. „Der europäische Frühling fängt gerade erst an. Die vermeintliche Alternativlosigkeit und die organisierte Traurigkeit des Krisenregimes wackeln. Endlich wird nicht mehr nur über soziale Kürzungen, sondern auch über eine Besteuerung von Reichen und Unternehmen gesprochen“, sagte Roland Süß von Blockupy. „Zugleich zeigen die anhaltenden Erpressungsversuche von EZB und Bundesregierung gegenüber Griechenland und die Hetze der Bild aber, dass die Auseinandersetzung für ein demokratisches Europa von Unten keineswegs gewonnen ist – vielmehr geht sie nun in die Verlängerung“.

Die Fortführung der Verarmungspolitik in Griechenland richtet sich gegen alle Menschen in Europa. Die erstrittene Zeit gelte es daher zu nutzen. „Nur eine massive Mobilisierung auf den Straßen in ganz Europa kann das Krisenregime wirklich kippen. Das ist nicht nur eine Frage der Solidarität mit den Menschen in Griechenland, sondern auch des Kampfes für eine solidarische Gesellschaft hier. Dafür werden wir sicherlich einen langen Atem brauchen, aber ein zentraler Punkt werden die Proteste gegen die Eröffnung der EZB am 18. März in Frankfurt sein“, so Hannah Eberle von Blockupy abschließend.

Das Blockupy-Bündnis will den 18. März in einen europaweiten Tag des Widerstands gegen die Troika-Krisenpolitik verwandeln. Mit Blockaden am Vormittag sollen der Arbeitsalltag sowie die Eröffnungsfeier der EZB im Frankfurter Ostend gestört und behindert werden. Ab 14 Uhr ist auf dem Römerberg eine zentrale Kundgebung mit Kulturprogramm geplant; um 17 Uhr schließt sich eine große Demonstration durch die Innenstadt an.

 <https://blockupy.org/>



BLOCKUPY

TRANSNATIONALE AKTIONEN
GEGEN DIE EZB-ERÖFFNUNGSFEIER

18. MÄRZ 2015
FRANKFURT/M

Appell der polnischen Bergarbeiter: Schießt nicht auf Arbeiter! Missbraucht nicht staatliche Institutionen gegen Streikende!

Am 12. Februar hat das Gericht den Streik von Tausenden Bergarbeitern vom Kohlekonzern „Jastrzębska Spółka Węglowa“ im Süden Polens als illegal erklärt. Am gleichen Tag marschierten die Frauen und Kinder dieser Kumpel durch die Stadt, um ihre Männer und Väter zu unterstützen. Die Regierung schreckt vor nichts zurück, um den seit 16 Tagen andauernden Protest zu brechen. Sie hetzte auf die Bergarbeiter Spezialeinheiten der Polizei, die mit einer außergewöhnlichen Brutalität versuchten den Protest zu unterdrücken, in dem sie Feuerwaffen, Wasserwerfer und Tränengas grundlos einsetzen. Über 20 Bergarbeiter wurden verletzt, davon einige schwer. Gleichzeitig leitet die Staatsanwaltschaft Verfahren gegen die Organisatoren des Streiks ein. Sie drohen ihnen, für die finanziellen Verluste der Firma in Folge der Proteste aufzukommen. Unter ihnen ist Krzysztof Łabadź, ein Gewerkschafter, der wegen seines Einsatzes schon oft Repressalien ausgesetzt war, er ist auch vor sieben Jahren der Streikführer bei der Zeche „Budryk“ gewesen.

Die Streikenden verlangen die Absetzung des Geschäftsführers des Konzerns Jarosław Zagórowski, dessen Amtsführung den Konzern in den Kollaps führt. Obwohl die Regierung über die Hälfte der Anteile besitzt, ist sie nicht bereit darauf einzugehen. Die Bergleute und ihre Familien sind fest entschlossen: sie verteidigen ihre Arbeitsplätze, aber auch das Recht aller polnischen Arbeiter zu Protesten.

Wir appellieren an alle Gewerkschaften und soziale Bewegungen Europas, uns bei unserem Kampf zu unterstützen. Sendet Briefe zur Unterstützung. Nur eine internationale Solidarität, kann ähnlich wie für Griechenland, das Diktat der neoliberalen Regierungen brechen! Nur gemeinsam können wir unser Haupt dieser asoziale Offensive in Europa entgegenstellen!

Bogusław Ziętek

Vorsitzender des Freien Gewerkschaftsverbandes „August 80“

Przewodniczący Wolnego Związku Zawodowego „Sierpień 80“

Bitte die Briefe zur Unterstützung richten an: darekzal74@gmail.com

Weitere Infos unter: www.labournet.de: [Internationales](#) » [Polen](#) » [Arbeitskämpfe](#) » [Streiks im Bergbau](#)

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job,
basinah, gesellschaftskritisch



LabourNet Germany

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan
Boissevain

E-Mail: forum@gegewi.de

Redaktionsschluss: 1. März 2015